

Für eine egalitäre Gesellschaft

Autor(en): **Scheu, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **95 (2015)**

Heft 1031

PDF erstellt am: **17.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736199>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Ohne
Scheuklappen

René Scheu, Herausgeber und Chefredaktor

Für eine egalitäre Gesellschaft

Was ist eine egalitäre Gesellschaft? Es ist eine Gesellschaft, die stolz darauf ist, ohne Vorrechte auszukommen. Aber es ist keine Gesellschaft, in der materielle Gleichheit angestrebt wird. Ein solcher Gedanke wirkt auf viele Zeitgenossen fast schon skandalös. Und in der Tat leisten sich Politiker und Publizisten auch hierzulande seit Jahren parteiübergreifend rhetorische und statistische Auseinandersetzungen über die möglichst gleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Unser Autor Marco Salvi tritt ab S. 56 ein weiteres Mal den Beweis an, dass die Schweiz im internationalen Vergleich über eine sehr gleichmässige Verteilung der Einkommen verfügt. Das gilt in unseren Breiten parteiübergreifend als gute Nachricht. Also alles gut?

Nicht wirklich. Denn erstens – sofern alle wohlhabender werden und Aufstiegschancen haben, warum sollte eine materiell gleichere Gesellschaft ökonomisch, ökologisch oder moralisch einer materiell ungleicheren Gesellschaft überlegen sein? Ungleichheit ist für viele Leute auch wichtiger Ansporn, ihre Lage zu verbessern und mehr zu leisten. Von den freigesetzten Energien profitieren andere mit weniger Elan dank – allerdings mittlerweile exorbitanten – Umverteilungswirkungen wesentlich mit. Zweitens, und noch wichtiger: die ganzen Statistiken über Einkommensverteilungen sind träge und statisch. Sie sind nicht in der Lage, der faktischen Mobilität Rechnung zu tragen. Viele Menschen, die mit tiefen Einkommen beginnen, arbeiten sich hoch – und viele, die es zwischenzeitlich bis nach oben geschafft haben, fallen salärmässig wieder deutlich zurück. Kennzeichen einer gerechten Gesellschaft ist nicht der materielle Gleichheit bzw. Ungleichheit messende Gini-Koeffizient, sondern die realen Möglichkeiten des sozialen Auf- und – noch wichtiger – des sozialen Abstiegs. Denn oben bleiben darf in einer wohlverstandenen egalitären Gesellschaft nur, wer sich den wohlverworbenen Erfolg stets aufs neue zu verdienen mag. Sonst hätte man mit dem ökonomischen Erfolg zugleich ein leistungs-unabhängiges Vorrecht erworben, das es in einer liberalen Gesellschaft nicht gibt.

So gesehen, ist es durchaus richtig zu sagen, Gleichheit sei die Voraussetzung für Freiheit – nämlich die uneingeschränkte Grundrechtsgleichheit aller Bürger ohne Abstriche. Diese garantierte Freiheit wird in den modernen Wohlfahrtsstaaten durch zwei Institutionen flankiert, die den Individuen helfen sollen, die Freiheit auch tatsächlich zu nutzen: Schulpflicht und Sozialversicherungspflicht. Der einzelne ist gezwungen, sich Kompetenzen anzueignen – und er ist gezwungen, sich abzusichern. Dabei ist klar: je mehr alle Individuen gefördert und versichert werden, desto klarer heben sich – auf für alle solidem Grund – die einen von den anderen ab. Bildungs- und Versicherungsziele führen nicht zu weniger, sondern zu mehr Ungleichheit in der Kompetenzausstattung der einzelnen und also, wenigstens im Durchschnitt, auch zu materieller Ungleichheit. Um es mit Hermann Lübke zu sagen: «Mit dem Anstieg des Gesamtniveaus wachsen die Abstände zwischen oben und unten.»

Für die einen ist dies ein Grund zum Eingriff in die Ergebnisse – und also zu neuer Privilegierung durch positive Diskriminierung. Die anderen hingegen halten am Egalitarismus ohne Vorrechte fest und sehen in dieser Dynamik eine erfreuliche Entwicklung mit weiterem Upside-Potential für alle. «Für alle statt für wenige» – war dies nicht die Losung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP)? ◀